

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger
mit für Prospekt der Postanstalten
an. — Erscheint wöchentlich.
Gewerbesch. Anschluß Nr. 53.

Angewandte die Anzeiger
Postkarte für Anzeigen aus 100
Umgebung 20 Cent, 100
wichtige Anzeigen 20 Cent, 100
Kleinanzeigen 10 Cent, 100
amtliche Zeit 20 Cent, 100.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 279

Sonntag, den 30. November 1924

19. Jahrgang

Abchluß der Wirtschaftsverhandlungen mit England.

Keine Ausnahmerebestimmungen gegen Deutsche mehr.

London, 28. November. Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen sind, soweit der Handelsvertrag selbst in Frage kommt, zum Abschluß gebracht worden. Die Grundlagen des Handelsvertrages bestehen darin, daß England die vollen Meistbegünstigungsrechte und gewisse Garantien gegen eine schlechte Behandlung der englischen Einfuhr durch die Behörden, die den Außenhandel überwachen, gewährt werden. Deutschland erhält die Zusage, daß die englische Regierung dem Parlament unverzüglich ein Gesetz vorlegen wird,

das vorsieht, daß alle Sonderbestimmungen gegen die Bechtigung deutscher Staatsbürger oder Unternehmungen zu beseitigen sind, so daß die Deutschen in England in Zukunft dieselben Rechte genießen werden wie jeder andere Ausländer, der nicht als „ehemals feindlicher Ausländer“ betrachtet wird.

London, 28. Nov. Die britische Regierung veranstaltete heute ein Frühstück zu Ehren der deutschen Delegierten bei den deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

Wie wählt das Handwerk?

Vor einiger Zeit erging sich die reaktionäre Presse in der triumphierenden Verkündung, daß das deutsche Handwerk jetzt nun endlich endgültig von der Deutschen Demokratischen Partei abtrübe. Denn der Handwerkerbund, d. h. der sogenannte Bogische Verband, der in Friedenau bei Berlin sitzt, hatte erklärt, daß die Demokraten sich mit der Sozialdemokratie verbinden, sich selbst international eingestellt und damit das Recht verloren hätten, sich als bürgerliche Partei zu betrachten. Angesichts der geringen Ansprüche, die an das Wissen der Leser unserer chauvinistischen Presse gestellt werden dürfen, ist anzunehmen, daß viele sich haben täuschen lassen. Der kleine Bogische Verband ist weder nach seiner Mitgliederzahl noch nach der Art seiner wirtschaftspolitischen Einstellung besetzt, im Namen des deutschen Handwerks als solchem zu sprechen. Dafür kommt allein der Reichsverband des Deutschen Handwerks in Betracht, der im wohlverstandenen wirtschaftspolitischen Interesse es vermeidet, sich für oder gegen eine bestimmte politische Partei zu erklären.

Was den Vorwurf anlangt, daß wir Demokraten mit der Sozialdemokratie zusammengingen, so ist er gerade in den das Handwerk interessierenden Fragen eine bewusste Wärrung von den tatsächlichen Geschehnissen. Denn überall, wo in den Parlamenten von Reich, Ländern und Gemeinden die Bestrebungen zur Sozialisierung oder Kommunalisierung aufgetaucht, haben unsere Parteifreunde nicht nur dagegen gekämpft, sondern in weitem Maße sogar die Führung in dieser Gegenarbeit gehabt. Es sei nur daran erinnert, daß die Deutschdemokratische Reichstagsfraktion im Frühjahr 1921 die Initiative ergriff, um das Reich gegen die Kommunalisierungsbestrebungen einzelner Gemeinden mobil zu machen. Daß wir in Fragen der Staatsform, der Republik, nicht gegen diejenigen kämpfen, die mit und bereit sind, für den inneren Ausbau des republikanischen Staates einzutreten, das wird kein Einsichtiger einer republikanischen Partei veräbeln.

Die Rechtsparteien versuchen aber jetzt, die Aufmerksamkeit der Wählerschaft auf das rein parteipolitische Gebiet, auf Fragen des Prestiges, der Staatsform usw. abzuwenden, weil sie da mit Stimmungen arbeiten können. Das deutsche Handwerk ist aber durch die schlechten Erfahrungen, die es in der Vorkriegszeit mit den oft zum Ausdruck gebrachten, niemals aber in die Tat umgesetzten Wohlwollen der herrschenden Schichten des alten Regimes gemacht hat, nachdenklich geworden. Daher besteht kein Zweifel, daß die in nächster, sachlicher Arbeit der Demokraten erzielten sichtbaren Erfolge schwerer wiegen, als die Versprechungen und Verdächtigungen, mit denen man von rechts Stimmung zu machen versucht. Denn dem Handwerk darf es aus wohlverstandenen Berufsinteressen nicht auf die Partei ankommen, sondern auf den sachlich zu wertenden politischen und wirtschaftspolitischen Erfolg. In dieser Beziehung ist nun aber keine Gruppe der deutschen Wirtschaft so sehr darauf angewiesen, daß die Politik der äußeren Verständigung und Beruhigung und der wirtschaftlichen Gesundung weitergetrieben wird als gerade das Handwerk. Die Lebensinteressen des Handwerks lassen sich in den drei Worten zusammenfassen: Arbeit, Kredit und christliches Geld. Die Deutsche Demokratische Partei untersteht sich in ihrer wirtschaftspolitischen Einstellung gerade dadurch von der Dogmatik des Sozialismus und der Parteien, deren Schwerpunkt bei der Groß- und Landwirtschaft und der industriellen Urproduktion liegt, daß sie die volkswirtschaftliche Daseinsberechtigung des Kleinbetriebes anerkennen. Es wäre auch wenig sinnvoll für eine Partei, die den wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich als Voraussetzung auch der politischen Kraftentfaltung der Nation ansieht, die große Bedeutung zu verkennen, die in dem Vorhandensein eines breiten Mittelstandes liegt. Da nun aber das Handwerk einer der wichtigsten Teile dieses Mittelstandes ist, ist die Deutsche Demokratische Partei überall dort am Platze gewesen, wo es galt, durch Vergebung öffentlicher Arbeiten bei der Herstellung von Rohstoffen, von Heeresgut usw. Arbeitsmöglichkeiten für das Handwerk zu schaffen. Noch in der allerletzten Zeit haben die demokratischen Vertreter im preussischen Landtag sich mit Erfolg dafür eingesetzt, daß die Verstaatlichung, die das Handwerk durch die steuerliche Bevorzugung der Konsumvermehrung und den Landbundesgenossenschaften erlebte, beseitigt wurde. Auch auf dem Gebiete des Kreditwesens hat die Deutsche Demokratie immer dahin zu wirken sich bemüht, daß die vorhandenen Kreditinstitute in größerem Umfang sich für das Handwerk zur Verfügung stellen. Wir werden auch weiterhin energisch dafür eintreten, daß die Reichsbank und die Preussische Sparkassen in Verbindung mit den Kreditgenossenschaften die für das Handwerk notwendigen Verkehrsmittel bereitstellen.

Man darf endlich auch nicht vergessen, daß das Handwerk und der ganze Mittelstand in der Inflationzeit die Hauptleidtragenden gewesen sind; denn hatte das Handwerk schon von jeher unter ungünstigen Zahlungsbedingungen gelitten, so mußte die Unsicherheit des sinkenden Geldwertes sich hier besonders vernichtend auswirken. Jetzt haben wir wieder christliches Geld, mit dem man rechnen und ohne Beschränkung zahlen kann. Das ist der Erfolg der persönlichen Arbeit unseres Parteifreundes Schacht, aber auch die hatte zur Voraussetzung, daß eine vernünftige Außenpolitik wie sie im Londoner Abkommen ihre erste praktisch sichtbare Auswirkung gefunden hat — die deutsche Wirtschaft vor den Erschütterungen bewachte, die uns jederzeit von außen her drohen. Gerade deshalb hat das Handwerk auch das größte Interesse an der Weiterverfolgung der ruhigen Linie dieser Außenpolitik und wird genägend staatspolitisches Verständnis besitzen, um

Der Völkerbund nimmt Ägyptens Protest an.

London, 28. November. Das Sekretariat des Völkerbundes hat sich nun doch entschlossen, den Protest der ägyptischen Kammer zur Kenntnis des Präsidenten des Völkerbundrats, Symans, zu bringen, „weil nicht klar ersichtlich, ob der Protest an das Sekretariat oder persönlich an den Vorsitzenden des Völkerbundrats gerichtet ist“. Man darf annehmen, daß dieser Entschluß auf den stärksten Druck Frankreichs und Italiens zurückzuführen ist.

Neue Vorsichtsmaßnahmen der Engländer.

London, 28. Nov. Die britische Militärbehörde hat weitere Verhaftungen in Ägypten vorgenommen. Man spricht von 25 neuen Verhaftungen. Es handelt sich in der Hauptsache um bekannte Agitatoren. Wie ausgedehnt die Verhaftungsgruppe in Ägypten ihre Netze ausgedehnt hat, geht daraus hervor, daß innerhalb der letzten fünf Jahre 28 britische Beamte und Soldaten ermordet und 14 verlegt wurden. Britischerseits hat man es auch für notwendig gehalten, die Führer der ägyptischen Studentenschaft festzunehmen. Der ägyptische Premierminister Sirwar Wascha hat ebenso wie die ägyptische Presse gegen die Verhaftungen scharfen Protest veröffentlicht.

3 Engländer getötet.

London, 28. Nov. Nach einer Neutermeldung aus Kairo meuterten heute zwei Abteilungen des 11. sudanesischen Bataillons in Kartum, überfielen das Militärhospital und töteten einen englischen und zwei syrische Ärzte. Die englischen Truppen feuerten auf die Meuterer, die ernstliche Verluste erlitten.

Englische Meldungen aus Chartum geben jetzt eine interessante Erklärung über den Abzugsbefehl des Königs von Ägypten an seine Truppen im Sudan. Als der Stellvertreter des ermordeten Sir Lee Staal an die ägyptischen Truppenteile den Befehl gab, den Sudan zu verlassen, haben diese sich geweigert, Folge zu leisten. Sie wurden daraufhin von englischen Truppen in den Garnisonen des Sudans umzingelt, und man gab ihnen Gelegenheit, sich mit der ägyptischen Regierung in Verbindung zu setzen. Darauf hat der König von Ägypten unter Anerkennung ihrer tapferen Haltung ihnen, „um Blutvergießen zu vermeiden“, befohlen, dem Abzugsbefehl Folge zu leisten.

Allenby für Gesamtmobilisation der britischen Flotte.

Rotterdam, 28. November. „Courant“ meldet aus London: Das Kabinett hat sich wegen der sehr bedenklichen Nachrichten aus Ägypten in Permanenz erklärt. Die Minister bleiben für das Wochenende in London. Die konservative „Morning Post“ schreibt, die Verschärfung in Ägypten gegen England sei soweit fortgeschritten, daß Lord Allenby die Gesamtmobilisation der englischen Flotte dem Kabinett nahegelegt habe.

Die russischen Antwortnoten an England.

London, 28. Nov. Heute sind die Antwortnoten der Sowjetregierung auf die beiden britischen Noten vom 21. November im Foreign Office überreicht worden. In der ersten Note erklärt Molotow, die Sowjetregierung behaupte die Ablehnung des allgemeinen und des Handelsvertrages vom 8. August auf das lebhafteste und könne keinerlei Verantwortung für die Unzufriedenheit übernehmen, die der Beschluß der britischen Regierung in beiden Ländern verursachen werde. Die zweite Note weist darauf hin, daß der vom letzten britischen Kabinett mit der Untersuchung der Sinojapanischen-Verleumdung beauftragte Ausschuß festgestellt habe, daß weder die Regierung noch irgend einer der Väter das Originaldokument gesehen habe. Die Sowjetregierung sei daher auf Außeracht überlassen, daß die jetzige Regierung von Großbritannien die unbedeutende und unbedeutende Erklärung abgebe, das Dokument sei echt. Die Sowjetregierung könne eine derartige Behauptung nicht

annehmen. Weiter wiederholt die Note die Erklärung über die vollständige politische und administrative Unabhängigkeit der kommunistischen Internationale von der Sowjetregierung.

Sitzung der Repko.

Paris, 28. Nov. Ueber die heutige Sitzung der Reparationskommission ist folgender amtlicher Bericht ausgegeben worden: Die Reparationskommission hat den Generalagenten für die Reparationszahlungen Parker Gilbert gehört, der den Bericht über den Verlauf der Arbeiten seit seinem Amtsantritt gab und der Kommission Auskunft erteilte über den Stand der Zahlungen. Ein längerer Meinungsaustausch entwickelte sich hierauf zwischen dem Generalagenten und den Mitgliedern der Reparationskommission über alle Fragen, bezüglich deren eine Zusammenarbeit zwischen ihm und der Kommission notwendig ist. Die Kommission hat ferner ein Lieferungsdekret über 2500 Tonnen Stickstoffdüngemittel und 500 Tonnen schwefelsaures Ammoniak für Frankreich auf Reparationskonto für November und Dezember 1924 genehmigt.

Stainings Abrüstungsplan angenommen.

Kopenhagen, 28. November. Der vom dänischen sozialdemokratischen Kabinett Stainings eingebrachte Abrüstungsvorschlag ging in erster Lesung im Folketing durch. 67 Sozialdemokraten und radikale stimmten dafür, 24 Konservative dagegen, während die Liberalen sich der Stimmabgabe enthielten. Der Vorschlag wurde einem Komitee von 15 Mitgliedern überwiesen.

Nathusius' Protest gegen die Begnadigung.

General von Nathusius hat den Kasseler Korrespondenten des „Berliner Boten“ ausdrücklich festzustellen lassen, daß er nicht die Begnadigung angenommen habe. Er habe einen schriftlichen Protest gegen die Begnadigung mit seiner Unterschrift versehen, seinem Reichsbesand eingehändigt und gebeten, das Schriftstück Herrlot zu unterbreiten. Er habe dargelegt, daß er niemals diese Begnadigung annehmen könne, da er kein Schuldbekenntnis ablegen könne. Es bestände darauf, daß man ihm seine Ehre wiedergebe, und zwar dadurch, daß man dieses völlig ungerechte Urteil aufhebe. Er habe auch noch ein zweites Schriftstück unterschrieben, in dem er feststelle, daß er sofort die Revision vor dem obersten Gerichtshof beantragt habe. Er sei jederzeit bereit, sich nochmals vor die Schranken eines französischen Mann und alter Offizier jeden Tag dafür einzutreten, daß er nichts gegen das Gesetz getan habe.

Nationale Politik.

München, 27. Nov. Der frühere Landtagsabgeordnete Dr. Durr wandte sich in einer Wählerversammlung der Deutschen Demokratischen Partei gegen den Vortour, daß diese in den letzten sechs Jahren nicht nationale Politik betrieben habe. Die Regierungsparteien hätten für Deutschlands Wiederaufbau und Deutschlands Weltgeltung Ungeheures geleistet. Dasselbe gelte für die Annahme des Laueplanes. Die Stabilisierung der Mark sei das Verdienst des Demokraten Schacht. Die Erstarkung der Reichswehr sei die Tat des Demokraten Gessler.

In der Frage des Völkerbundes könne eine Entscheidung nur in dem Sinne, in dem die jetzige Reichsregierung aufträte, getroffen werden. Da eine Reichsregierung in dieser Frage einen anderen Standpunkt einnehmen wolle, bestesse keine Möglichkeit, die Deutschnationalen in eine künftige Regierungskoalition hineinzunehmen. Der Redner wandte sich schließlich gegen die Versuche, in Bayern wieder die Monarchie einzuführen und gegen die von der rechten Seite betriebene Verunglimpfung der Farben Schwarz-Rot-Gold, wobei noch die schwarzweißen schwarz-rot-weißen Farben zur Parteilage degradiert würden.